

## Deutschland im internationalen Vergleich

Die Position Deutschlands im internationalen Vergleich ist in vielen Bereichen ausgesprochen unbefriedigend. Im Folgenden werden Daten und Fakten vorgestellt, die insbesondere die Defizite in den Bereichen Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Steuern, öffentliche Haushalte und Bildung zeigen.

Die Datengrundlage sind internationale amtliche Statistiken, wissenschaftliche Beiträge sowie Presse- und Internetquellen

Stand: 31. Januar 2002

Die Position Deutschlands im internationalen Vergleich ist in vielen Bereichen ausgesprochen unbefriedigend. Im Folgenden werden Daten und Fakten vorgestellt, die insbesondere die Defizite in den Bereichen Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Steuern, öffentliche Haushalte und Bildung zeigen.

Datengrundlagen sind internationale amtliche Statistiken, wissenschaftliche Beiträge sowie Presse- und Internetquellen (Stand: 31. Januar 2002).

## **Wohlstand und Zukunftsfähigkeit**

1. Wohlstand
2. Wettbewerbsfähigkeit
3. Innovationskraft
4. Gründerquoten

## **Wirtschaftliche Entwicklung, Arbeitsmarkt und Investitionen**

5. Wirtschaftswachstum 2001
6. Erwartetes Wirtschaftswachstum 2002
7. Arbeitslosigkeit/Erwerbslosigkeit
8. Beschäftigungsentwicklung
9. Investitionen

## **Standortfaktoren für Unternehmen**

10. Arbeitsmarktregulierung
11. Arbeitskosten
12. Steuerbelastung

## **Ökonomische Rahmenbedingungen**

13. Haushaltsdefizit (Neuverschuldung)
14. Gesundheitsausgaben
15. Beschäftigte in der öffentlichen Verwaltung
16. Einkommenstransfer und Staatsquote
17. Lebenshaltungskosten (Preisentwicklung)
18. Preise für Postdienste

## **Bildung und Forschung**

19. Schulische Leistungen (PISA-Studie)
20. Studien- und Ausbildungsdauer
21. Ausgaben für Forschung und Entwicklung

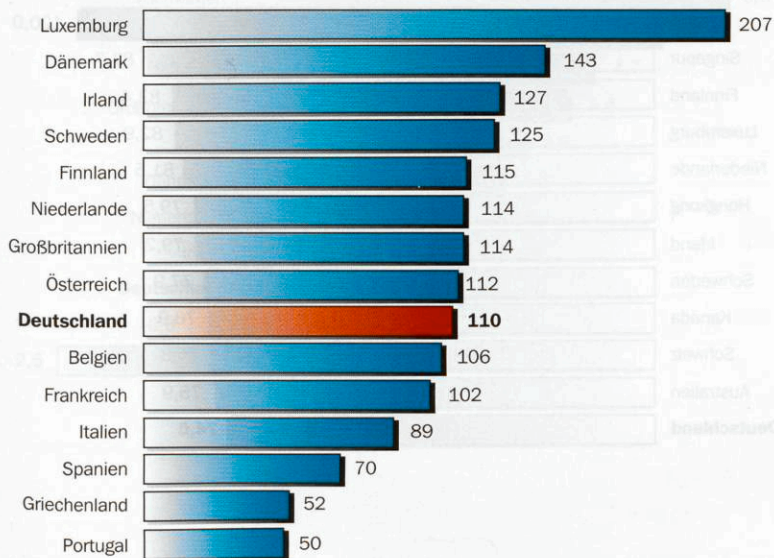
# 1. Wohlstand

Die Spanne zwischen den reichsten und ärmsten EU-Mitgliedern ist nach wie vor groß. Nach einer Schätzung der EU-Kommission belegt Deutschland unter den EU-Staaten nur den Rang 9. Auch wenn man die besondere Situation der Wiedervereinigung berücksichtigt, kann uns dies nicht zufrieden stellen.

## Wohlstand in den EU-Staaten 2001

Wirtschaftsleistung je Einwohner

EU = 100



Quelle: Europäische Kommission, Globus, 16.7.2001

Großbritannien und Irland, aber auch die skandinavischen Staaten und die Niederlande haben gezeigt, dass echte Reformen ökonomischen Erfolg und Wohlstand für die Bevölkerung maßgeblich fördern.

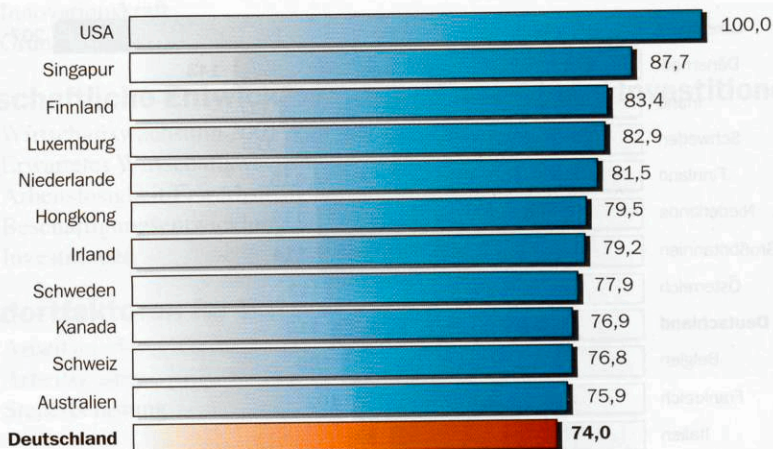
Eine beispiellose Karriere hat Irland hinter sich. Noch vor wenigen Jahren zählte die „grüne Insel“ zu den Armenhäusern Europas. Heute beherbergt Irland viele HighTech-Unternehmen und bringt es auf eine Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung, die 27 % über dem EU-Durchschnitt liegt.

## 2. Wettbewerbsfähigkeit

Nach dem World Competitiveness Report 2001 belegt Deutschland bei der Wettbewerbsfähigkeit unter 49 untersuchten Staaten nur noch den 12. Platz. Deutlich an der Spitze liegt die USA (Index=100) vor Singapur und Finnland. Innerhalb Europas liegen auch Luxemburg, die Niederlande, Irland, Schweden und die Schweiz vor Deutschland.

### Internationale Wettbewerbsfähigkeit

USA = 100



Quelle: International Institute for Management Development,  
Institut der Deutschen Wirtschaft Köln, Dezember 2001

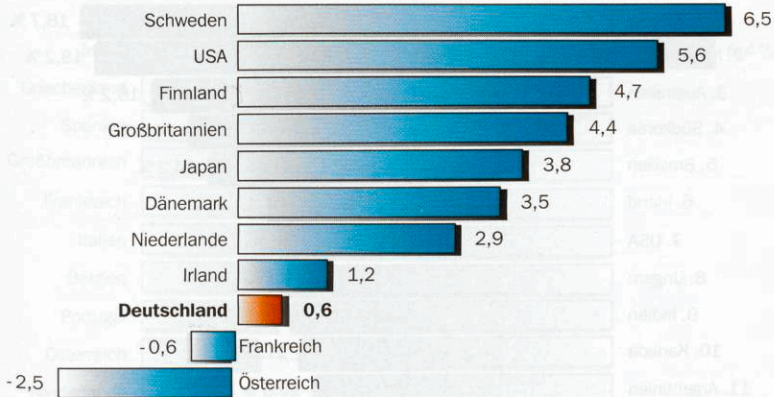
In diesen Index der Wettbewerbsfähigkeit gehen rund 300 Einzelkriterien ein, angefangen vom Sozialprodukt pro Kopf über die Bildungsausgaben bis hin zur Umweltgesetzgebung.

### 3. Innovationskraft

In punkto Innovationskraft rangiert Deutschland nach einer Übersicht der Europäischen Kommission – verglichen mit den führenden Industrienationen der Welt – weit hinter den besten und liegt nur noch unwesentlich über dem EU-Durchschnitt.

#### Innovationskraft 2001

Abweichungen vom EU-Durchschnitt in Prozent



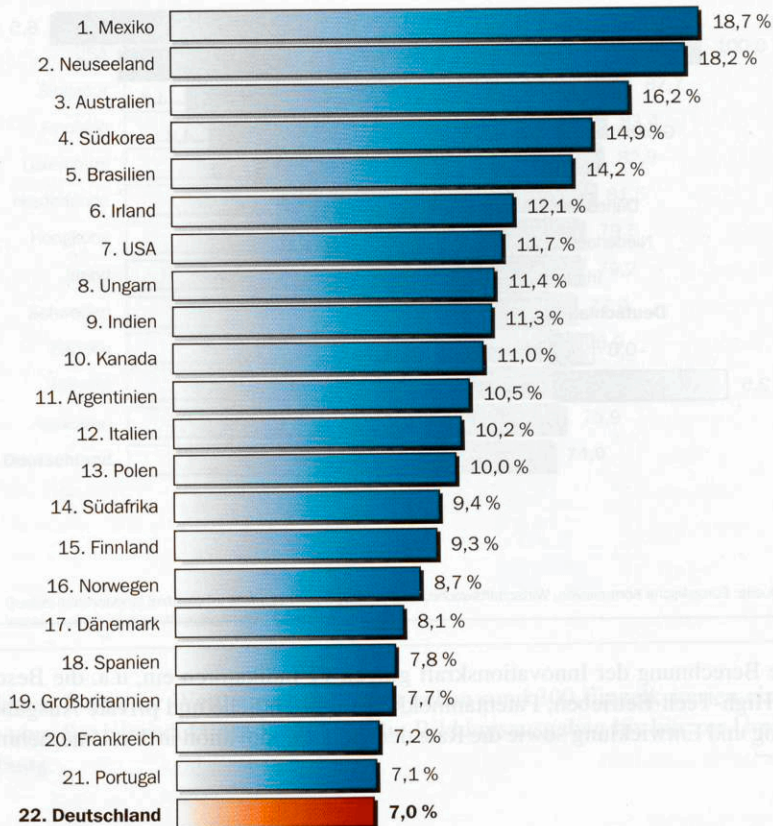
Quelle: Europäische Kommission, Wirtschaftswoche, 29.11.2001

In die Berechnung der Innovationskraft gingen 17 Indikatoren ein, u.a. die Beschäftigung in High-Tech-Betrieben, Patentanmeldungen, öffentliche und private Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie die Rate der Produktinnovation in den Unternehmen.

## 4. Gründerquoten

In einem Standortvergleich, der das Gründerklima in 29 Industrienationen und aufstrebenden Entwicklungsländern detailliert untersuchte, erreichte Deutschland nur den blamablen Platz 22. Gerade einmal sieben von 100 Deutschen waren während der zwölf Untersuchungsmonate in Gründungsaktivitäten eingebunden oder dabei, sich selbständig zu machen.

### Gründerquoten



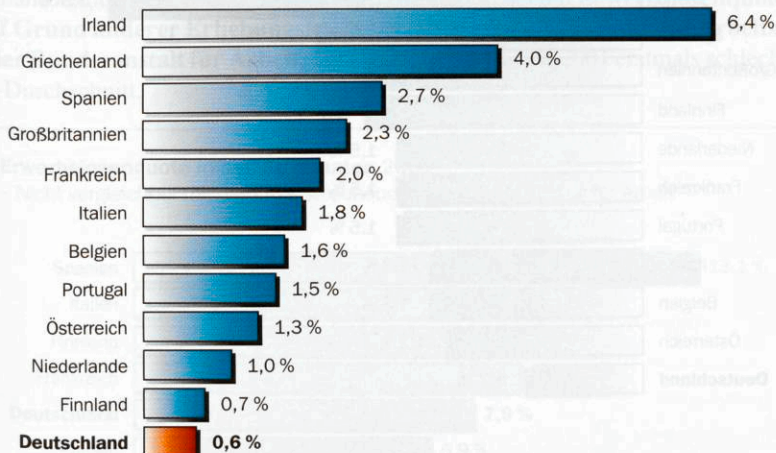
Quelle: Global Entrepreneurship Monitor (GEM), impulse, Dezember 2001

## 5. Wirtschaftswachstum 2001

Innerhalb der EU und auch ganz Europas ist Deutschland – gemessen an der absoluten Wirtschaftsleistung – die größte Volkswirtschaft.

Betrachtet man das Wirtschaftswachstum 2001, dann nimmt Deutschland aber den letzten Platz in der EU ein.

**Wirtschaftswachstum in Europa**  
in Prozent



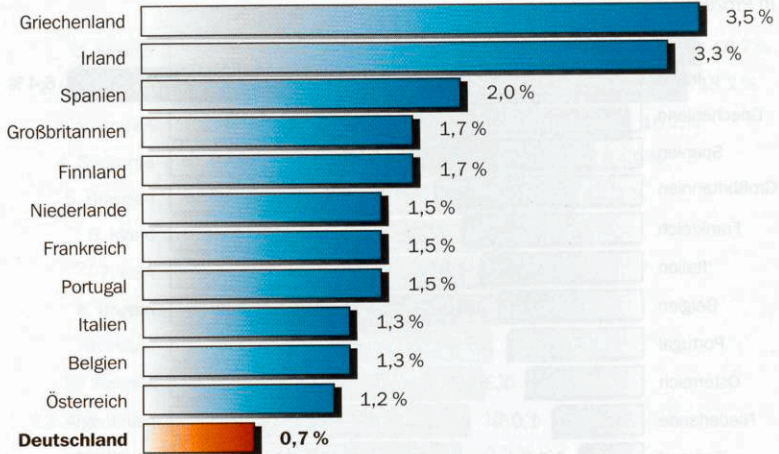
Quelle: Sachverständigenrat, November 2001, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Dezember 2001, Statistisches Bundesamt, 17. 1. 2002

In Anbetracht der Tatsache, dass die deutsche Wirtschaft mindestens eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um 2 % benötigt, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, ist das Wirtschaftswachstum von 0,6 % eine Katastrophe für die derzeit über vier Millionen Arbeitslosen, vor allem in den neuen Ländern.

## 6. Erwartetes Wirtschaftswachstum 2002

Auch für dieses Jahr erwartet die Europäische Kommission, dass Deutschland beim Wirtschaftswachstum das Schlusslicht in Europa sein wird.

**Erwartetes Wirtschaftswachstum 2002 in Europa**  
in Prozent



Quelle: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Dezember 2001

Deutschland „verhindert“ dadurch maßgeblich, dass Europa in die seit Jahren angestrebte Rolle als Weltwirtschaftslokomotive hineinwächst. Nach wie vor richten sich bei uns alle Augen auf die USA, die Jahr für Jahr für die Belebung der Weltwirtschaft und speziell unserer exportorientierten Industrie sorgen sollen.

### Ausblick auf 2002: Was tut sich in der Industrie?

	Automobil	Maschinenbau	Elektro	Chemie
Produktion	-5 %	-2 %	+1 %	+0,5 %
Arbeitsplätze	+/-0	+/-0	-10.000	-5.000

Quelle: FH Gelsenkirchen, VDA, VDMA, VCI, VDI-Nachrichten, 11.1.2002



## 7. Arbeitslosigkeit/Erwerbslosigkeit

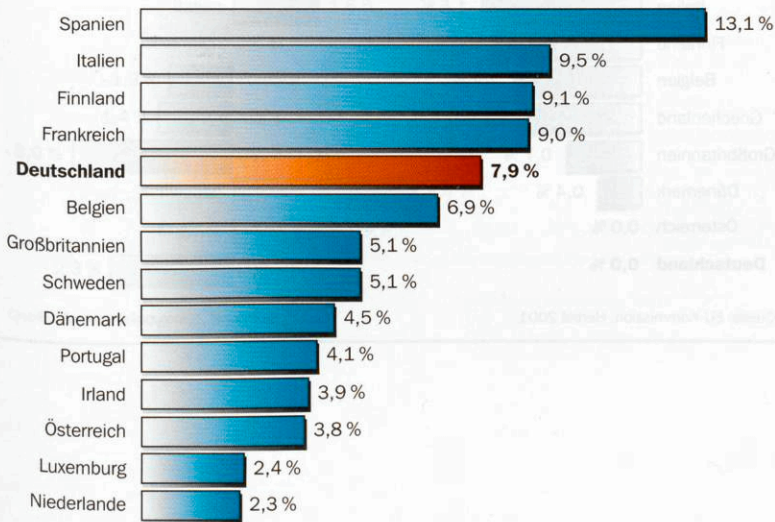
Anfang 2002 waren in Deutschland knapp 4,3 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet. Die **Arbeitslosenquote der Bundesanstalt für Arbeit** betrug 10,4 %. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der Arbeitslosen um 1,2 % erhöht.

Die Unterschiede innerhalb Deutschlands sind beträchtlich. Während Baden-Württemberg und Bayern sich unter der 6%- bzw. 7%-Grenze bewegen, sind in den neuen Ländern - trotz Kurzarbeit, Altersrente und umfangreichen Arbeitsbeschaffungs- und Weiterbildungsmaßnahmen - 19,7 % der Menschen arbeitslos.

Auch im Vergleich zu den Staaten Europas kann das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in Deutschland keinesfalls befriedigen. Nach den **standardisierten Erwerbslosenquoten der EU (auf Grund anderer Erhebungskriterien nicht vergleichbar mit der Arbeitslosenquote der Bundesanstalt für Arbeit)** lag Deutschland im Jahr 2001 erstmals schlechter als der EU-Durchschnitt.

### Erwerbslosenquote in den EU-Staaten 2001

– Nicht vergleichbar mit der Arbeitslosenquote der Bundesanstalt für Arbeit –



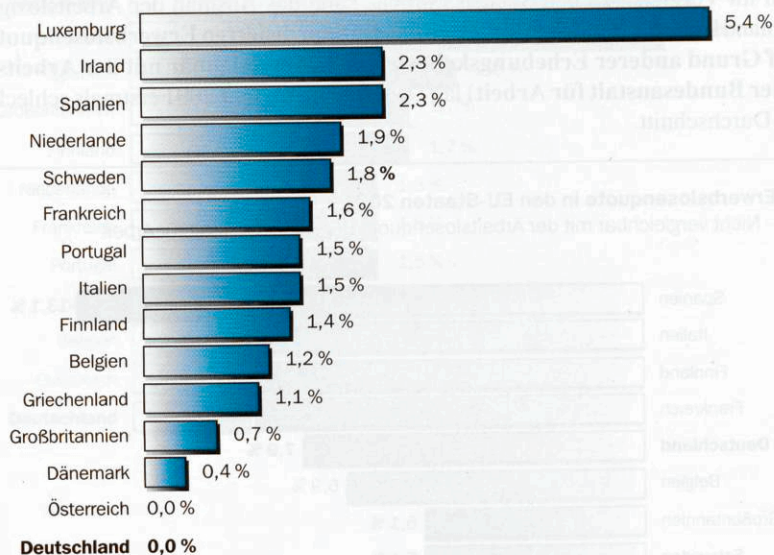
Quelle: Sachverständigenrat, November 2001

Auch außerhalb der EU sind die Erwerbslosenzahlen wesentlich geringer als in Deutschland, zum Beispiel in der Schweiz, in den USA oder in Kanada.

## 8. Beschäftigungsentwicklung

Das geringe Wirtschaftswachstum im Jahr 2001 und die schlechten Konjunkturaussichten für das Jahr 2002 haben dazu geführt, dass die Zahl der Arbeitsplätze in Deutschland stagniert und Deutschland in der EU-Tabelle den letzten Platz belegt.

**Beschäftigungsentwicklung 2001**  
in Prozent

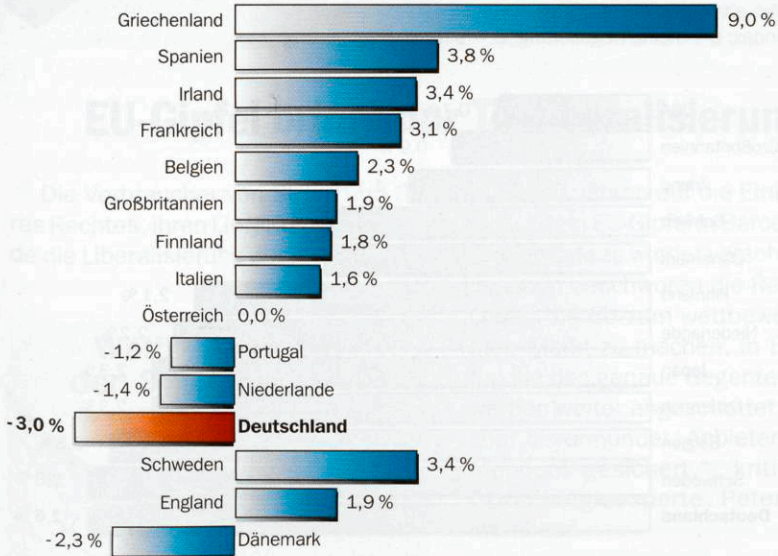


Quelle: EU-Kommission, Herbst 2001

## 9. Investitionen

Im Jahr 2001 brach die Investitionstätigkeit der deutschen Wirtschaft massiv ein (-3,0 % gegenüber dem Vorjahr). Die meisten europäischen Staaten wiesen dagegen deutlich bessere Daten auf.

**Bruttoanlageinvestitionen 2001 in Europa**  
in Prozent



Quelle: Sachverständigenrat, November 2001

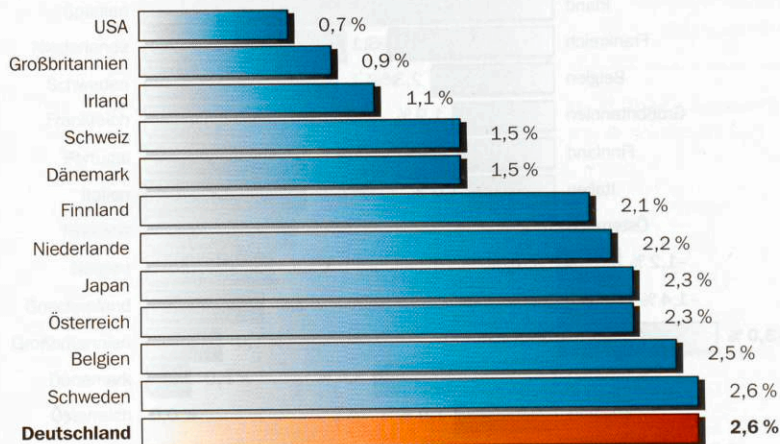
## 10. Arbeitsmarktregulierung

Im internationalen Vergleich ist der Arbeitsmarkt in Deutschland sehr streng reguliert. Die OECD hat einen „Index der Arbeitsmarktregulierung“ ermittelt, in dem die Regulierungsdichten in den Bereichen Normalbeschäftigung, befristete Beschäftigung, Zeitarbeit und Kündigungsschutz zusammengefasst wurden.

Vor allem die angelsächsischen Staaten gelten auf Grund ihrer geringen Regulierungsdichte bei den meisten Ökonomen als vorbildlich.

### Arbeitsmarktregulierung

Index: 0 = keine Regulierung, 6 = strenge Regulierung



Quelle: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2001

Noch stärker als in Deutschland ist der Arbeitsmarkt nur in Südeuropa und hier vor allem in Portugal und Griechenland reguliert.

## 11. Arbeitskosten

26,80 Euro kostet in Deutschland eine Arbeitsstunde in der Industrie und im Dienstleistungssektor – davon erhalten die Arbeitnehmer rund 17 Euro als Lohn oder Gehalt. Von dieser Summe müssen sie noch Steuern und Sozialabgaben zahlen.

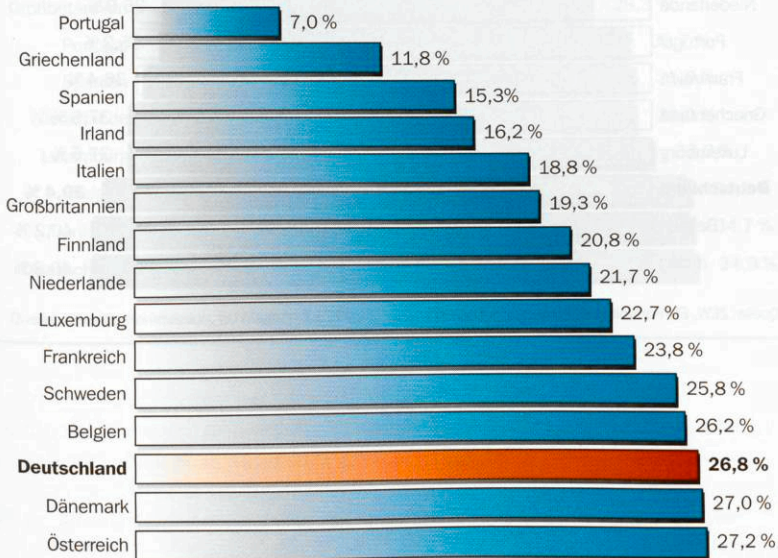
Der Arbeitgeber muss, wenn er seine Arbeitskosten kalkuliert, zu den Lohn- und Gehaltszahlungen hinzuaddieren:

- durchschnittlich 3,10 Euro für die Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheits- und Urlaubsfall
- 6,20 Euro als Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers
- 0,60 Euro für Sonstiges, z.B. Weiterbildungskosten.

Deutschland gehört damit innerhalb der EU – vor allem auf Grund der hohen Lohnnebenkosten – zu den Staaten mit den höchsten Arbeitskosten.

In anderen EU-Staaten ist die Arbeit wesentlich kostengünstiger: ein klarer Wettbewerbsvorteil zum Beispiel für Italien, Großbritannien und Frankreich.

**Direkte und indirekte Arbeitskosten je Stunde  
in der Industrie und im Dienstleistungssektor 1999**  
in Euro

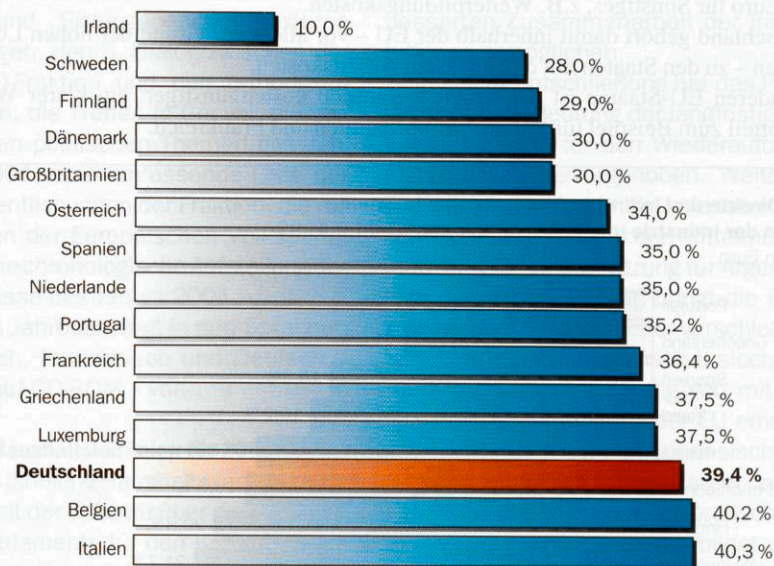


Quelle: Eurostat, Globus, 26. 3. 2001

## 12. Steuerbelastung der Unternehmen

Deutschland zählt zu den EU-Staaten, die ihre Unternehmen steuerlich am stärksten belasten. Auch die Steuerreform hat an diesem Nachteil für den Investitionsstandort Deutschland nichts geändert. Die erste Grafik zeigt für Deutschland die neue Tarifbelastung mit Körperschaftssteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer.

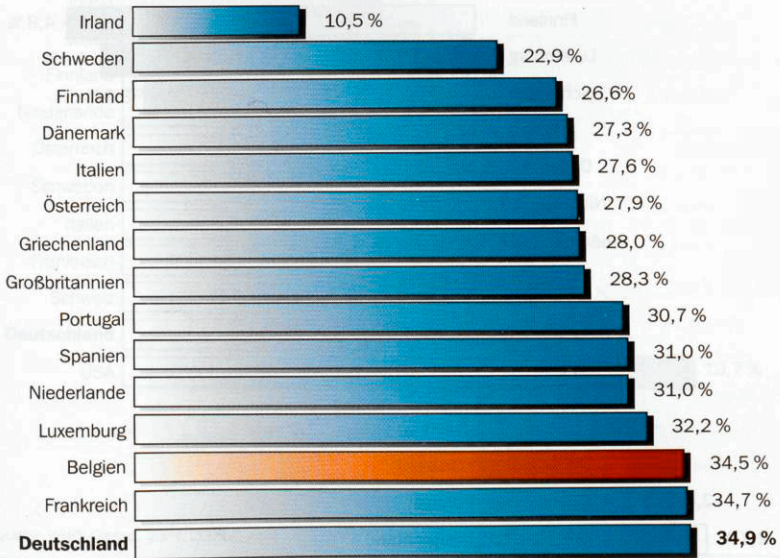
**Tariflicher Steuersatz auf Gewinne  
der Kapitalgesellschaften 2001**



Quelle: ZEW, EU-Kommission, EU Magazin 12/2001

Die zweite Grafik bezieht auch die Bemessungsgrundlagen (z.B. Abschreibungen, Abzugsbeschränkungen) sowie Substanzsteuern und die Grund- und die Vermögenssteuer mit ein. Deutschland fällt wieder auf den letzten Platz in der EU zurück.

#### Effektive Durchschnittssteuerbelastung auf Gewinne der Kapitalgesellschaften 2001



Quelle: ZEW, EU-Kommission, EU Magazin 12/2001

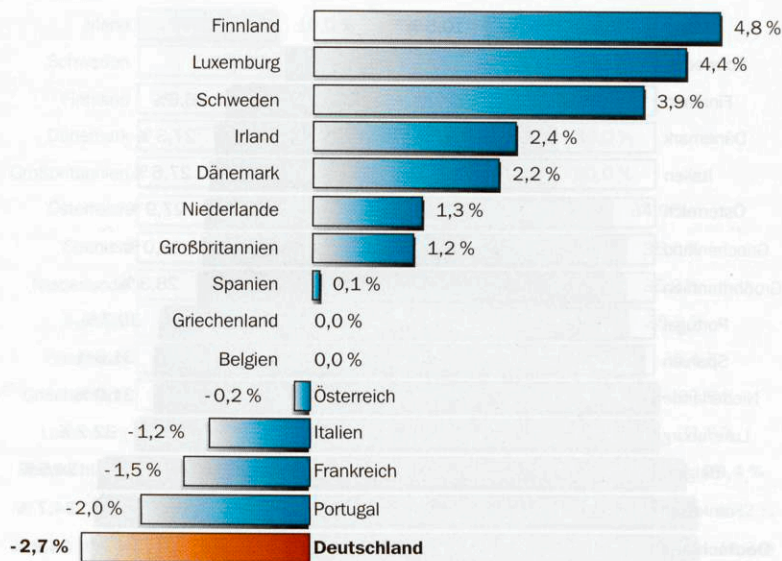
### 13. Haushaltsdefizit (Neuverschuldung)

Im Stabilitäts- und Wachstumspakt zur Euro-Einführung wurde vereinbart, die Staatshaushalte mittelfristig auszugleichen. Auf dem Weg dahin sollte Deutschland 2001 „nur“ noch ein Haushaltsdefizit von 1,5 % des Bruttoinlandsprodukts aufweisen.

Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Im Gegenteil: Deutschland weist inzwischen innerhalb Europas mit 2,7 % das mit Abstand höchste Haushaltsdefizit auf (53,8 Mrd. Euro).

#### Haushaltsüberschüsse/Haushaltsdefizite 2001

in Prozent



Quelle: EU-Kommission, Statistisches Bundesamt, 24.1.2002

Damit rückt Deutschland als erster Staat gefährlich nahe an den im Maastrichtvertrag vereinbarten Referenzwert von 3,0 % heran. An der ernsten Lage änderte auch das Abwenden der Frühwarnung nichts. Das Vorgehen der Bundesregierung hat vielmehr dazu geführt, dass die Glaubwürdigkeit des EU-Stabilitätspaktes angeschlagen und Deutschland dadurch keineswegs bessergestellt ist.

Demgegenüber weisen inzwischen bereits neun der 15 EU-Staaten Haushaltsüberschüsse auf.

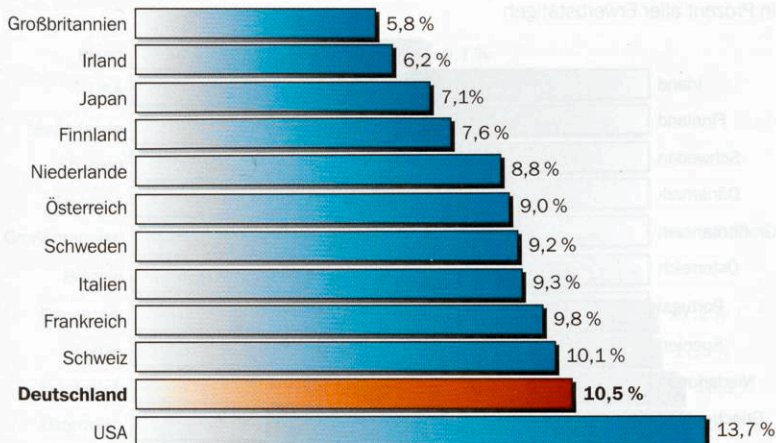


## 14. Gesundheitsausgaben

Mit einem Anteil von 10,5 % am Bruttoinlandsprodukt sind die privaten und öffentlichen Gesundheitsausgaben in Deutschland nach den USA weltweit am höchsten.

### Gesundheitsausgaben 2000

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: WHO, Globus, 23. 7. 2001

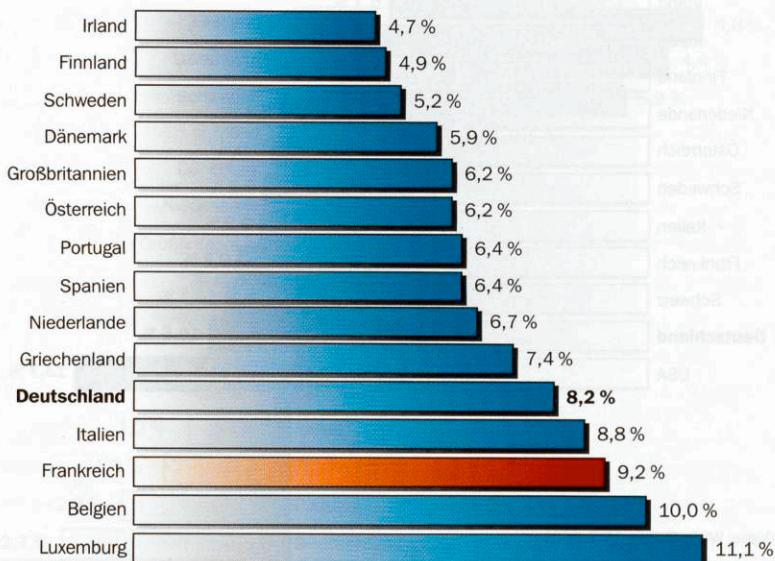
Um einen Anhaltspunkt für die Qualität der Gesundheitssysteme zu bekommen, stellt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) für 191 Länder der Höhe der Gesundheitsaufwendungen die „Lebenserwartung in voller Gesundheit“ gegenüber.

Bei der Lebenserwartung nimmt Deutschland mit 70,4 Jahren aber nur den 41. Rang ein – trotz hohem technisch-medizinischem Standard. Die höchste Lebenserwartung haben die Japaner (74,5 Jahre) – obwohl deren Gesundheitssystem vergleichsweise wenig Geld verschlingt.

## 15. Beschäftigte in der öffentlichen Verwaltung

Im Jahr 2000 waren 8,2 % aller Erwerbstätigen in Deutschland im öffentlichen Dienst beschäftigt. Gegenüber 1992 (8,7 %) hat sich der Anteil nur geringfügig verringert. Innerhalb der EU gehört Deutschland damit nach wie vor zu den Staaten mit einem hohen öffentlichen Verwaltungsanteil.

**Beschäftigte in der öffentlichen Verwaltung 2000**  
in Prozent aller Erwerbstätigen



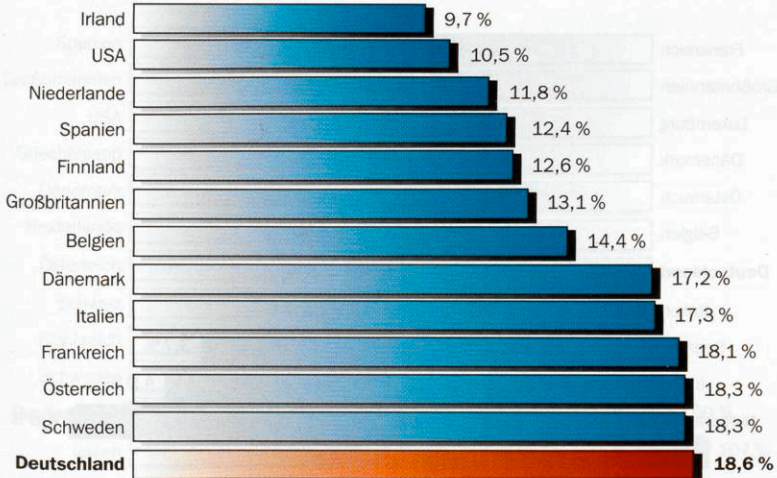
Quelle: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2001

## 16. Einkommenstransfer und Staatsquote

Der staatliche Einkommenstransfer wie Renten, Arbeitslosenunterstützung, Krankengeld, Kindergeld und Wohngeld macht in Deutschland fast 19 % des Bruttoinlandsprodukts aus und liegt damit weit höher als in anderen Industrieländern.

### Einkommentransfers 2000

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Atkinson/van den Noord, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2001

Häufig verteilen die staatlichen Institutionen mit Hilfe einer beachtlichen „Umverteilungsbürokratie“ und mit zunehmendem Verlust an Transparenz der damit einhergehenden Kosten lediglich innerhalb einer breiten Bevölkerungsschicht um. So muss der Kindergeldbezieher seine Kindergeldzuwendungen etwa über die Mehrwertsteuer oder „Ökosteuern“ – zumindest teilweise – wieder selbst finanzieren.

Die **Staatsquote** (Staatsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts) beträgt in Deutschland 2001 48,4 % und liegt damit noch über dem Niveau von 1980 (47,9 %). In Irland und den Niederlanden dagegen ist es gelungen, die Staatsquote in den vergangenen 20 Jahren um 17 % bzw. rund 10 % zu senken.

Quelle: Sachverständigenrat, November 2001

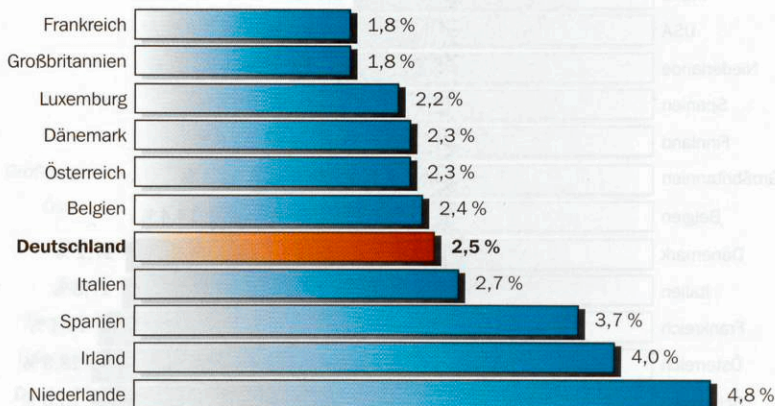
## 17. Lebenshaltungskosten (Preisentwicklung)

Im Jahr 2001 sind die Lebenshaltungskosten in Deutschland um 2,5 % angestiegen. Mit diesem höchsten Preisanstieg seit 1994 wurde das Ziel der Preisstabilität (Preisanstieg um maximal 2,0 %) deutlich verfehlt.

Im europäischen Vergleich belegt Deutschland einen Platz im Mittelfeld.

### Anstieg der Verbraucherpreise 2001

in Prozent



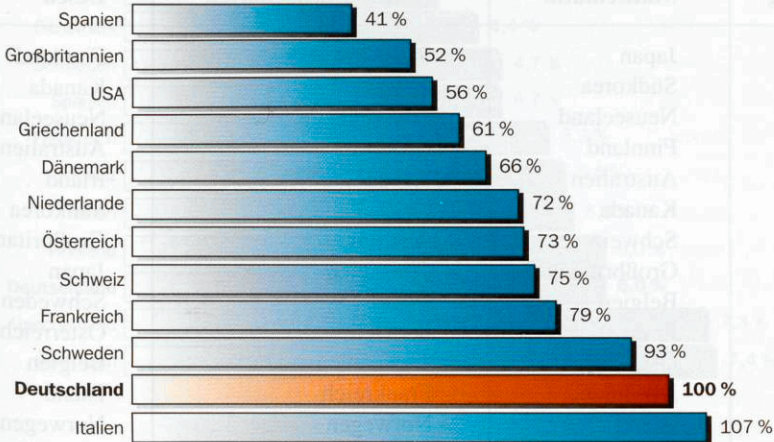
Quelle: Sachverständigenrat, November 2001, Statistisches Bundesamt, 2002

## 18. Preise für Postdienste

Beim Porto für Briefe und Postkarten ist Deutschland nach Italien das zweit teuerste Land. In fast allen unseren Nachbarländern kostet eine Standardbrief etwa ein Viertel weniger, in den USA und Großbritannien sogar fast nur die Hälfte, in Spanien noch weniger.

### Porto für Briefe und Postkarten

Index Deutschland = 100



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Globus, 2001

Die niedrigeren Preise lassen sich wesentlich auf die Liberalisierung der Postmärkte in diesen Staaten zurückführen. Erst wenn auch in Deutschland das Monopol der Post bei der Briefbeförderung fällt, werden auch bei uns Briefpreise unter 50 Cent möglich:

Bei den dargestellten Index-Werten handelt es sich um eine Mischung aus Briefen und Postkarten; zur besseren Vergleichbarkeit wurden zur Umrechnung nicht Devisenkurse, sondern Kaufkraftparitäten benutzt.

## 19. Schulische Leistungen (PISA-Studie)

Die Ergebnisse der PISA-Studie, der größten internationalen Schulleistungsuntersuchung, an der sich Deutschland im Jahr 2000 erstmals beteiligte, waren eindeutig: Die Leistungen der deutschen Schüler bzw. des deutschen Schulsystems liegen meilenweit hinter denjenigen der führenden Nationen zurück.

In der Mathematik-Grundbildung und in den Naturwissenschaften erreichten die deutschen Schüler nur Platz 20 unter 32 Staaten, beim Lesen und Verstehen von Texten kamen sie sogar nur auf Rang 21.

Rang	Mathematik	Naturwissenschaften	Lesen
1	Japan	Südkorea	Finnland
2	Südkorea	Japan	Kanada
3	Neuseeland	Finnland	Neuseeland
4	Finnland	Großbritannien	Australien
5	Australien	Kanada	Irland
6	Kanada	Neuseeland	Südkorea
7	Schweiz	Australien	Großbritannien
8	Großbritannien	Österreich	Japan
9	Belgien	Irland	Schweden
10	Frankreich	Schweden	Österreich
11	Österreich	Tschechien	Belgien
12	Dänemark	Frankreich	Island
13	Island	Norwegen	Norwegen
14	Liechtenstein	USA	Frankreich
15	Schweden	Ungarn	USA
16	Irland	Island	Dänemark
17	Norwegen	Belgien	Schweiz
18	Tschechien	Schweiz	Spanien
19	USA	Spanien	Tschechien
20	<b>Deutschland</b>	<b>Deutschland</b>	Italien
21	Ungarn	Polen	<b>Deutschland</b>

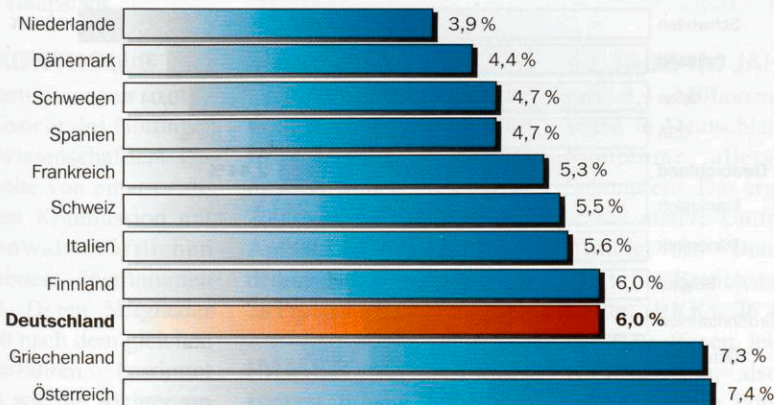
Quelle: OECD, Spiegel online, Dezember 2001

## 20. Studien- und Ausbildungsdauer

Mit durchschnittlich sechs Jahren ist die Studiendauer an den Universitäten in Deutschland im europäischen Vergleich sehr lange. Nur Österreich und Griechenland weisen noch längere Studienzeiten auf.

### Studiendauer an den Universitäten 1998

in Jahren



Quelle: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2001.

Lange Studiendauer, lange Schulzeit und eher späte Einschulung sind wesentliche Faktoren dafür, dass die Studierenden in Deutschland im Durchschnitt erst mit 26 Jahren ihren ersten Hochschulabschluss schaffen:

### Mittleres Alter bei Studienende (in Jahren):

Niederlande	22–24
Belgien (Flämischer Teil), Norwegen	22–25
Irland, Japan, Österreich, Großbritannien	23
Frankreich, Spanien	23–24
Schweiz	23–26
Schweden	24–25
<b>Deutschland</b>	<b>26</b>

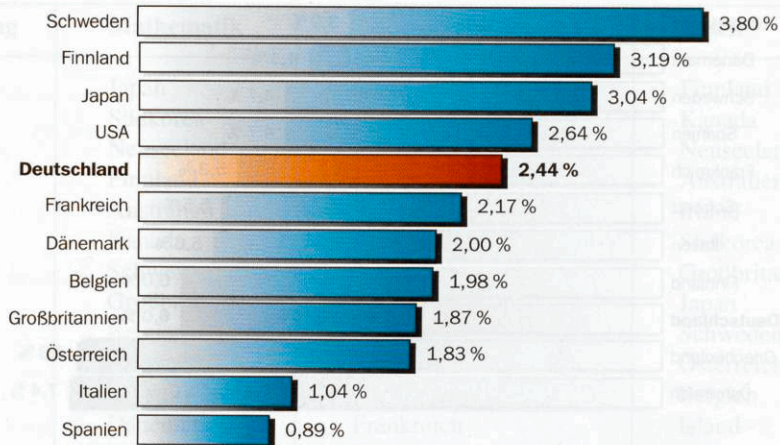
Quelle: Wissenschaftsrat, Spiegel online, 9.4.2001

## 21. Ausgaben für Forschung und Entwicklung

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung betragen in Deutschland im Jahr 1999 2,44 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Damit lag Deutschland im Vergleich zu den führenden Forschungsnationen Schweden, Finnland, Japan und den USA deutlich zurück.

### Ausgaben für Forschung und Entwicklung 1999

Anteil am Bruttoinlandsprodukt in Prozent



Quelle: Eurostat, November 2001, BMBF, Januar 2002

Für das **Jahr 2000** liegen bisher nur unvollständige internationale Vergleichsdaten vor. In Deutschland beträgt der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am BIP jetzt 2,46 % (geringfügige Steigerung), in Frankreich 2,15 %, in Großbritannien 1,84 %, in Österreich 1,79 % und in Spanien 0,90.